

Terror in Villach: Politische Konsequenzen nach brutalen Anschlägen!

Nach dem Terroranschlag in Villach am 13. Februar 2025 fordert die FPÖ Maßnahmen gegen radikalisierte Flüchtlinge und bessere Sicherheit.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Nach dem schrecklichen Terroranschlag in München am 13. Februar 2025 wurde nun auch Österreich Ziel eines brutalen Angriffs. Villach stand im Zentrum eines grausamen Verbrechens, das die Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Dr. Markus Tschank, Obmann der FPÖ Inneren Stadt, sprach über die alarmierenden Parallelen zu früheren Angriffen in Österreich, die von radikalisierten IS-Anhängern ausgeführt wurden. Diese Tatsache macht deutlich, dass die falsche Zuwanderungspolitik der letzten Jahre eine erhebliche Verantwortung für die Gewalttaten trägt, wie Tschank eindringlich betont und auch auf den Anschlag im Bermudadreieck in Wien aus dem Jahr 2020 verweist, bei dem vier Menschen starben und viele verletzt wurden. Laut **APA-OTS** müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Dringende Maßnahmen gefordert

Die FPÖ fordert Konsequenzen in Form strengerer Grenzkontrollen und eine entschiedeneren Bekämpfung illegaler Migration. Tschank appelliert an die Politik, nicht nur zu reagieren, sondern proaktiv zu handeln, um solche Anschläge künftig zu verhindern. Diese Situation zwingt die Politiker zum Handeln; „Wir können nicht nur abwarten und hoffen, dass die

Sicherheitskräfte alle Gefahren abwenden“, warnt Tschank. Er kritisiert die Geschäftsführung der ÖVP Inneren Stadt, da seine Sicherheitsvorschläge zum Schutz des Wiener Stephansdoms nicht angenommen wurden. Ein weiteres Organ, das während der letzten Sitzungen im Parlament einen bleibenden Eindruck hinterließ, ist **Dagmar Belakowitsch**, die ebenfalls für die FPÖ im Nationalrat aktiv ist. Sie unterstützt ähnliche Sicherheitsanliegen und verdeutlicht die Dringlichkeit, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ursache	falsche Asyl- und Zuwanderungspolitik
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Verletzte	22
Quellen	• www.ots.at • www.parlament.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at